

## **Unterrichtung**

**durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages**

### **Gemeinsame Erklärung von Deutschem Bundestag und Assemblée nationale aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages am 22. Januar 2013**

Im Anschluss an die Debatte über „50 Jahre Elysée-Vertrag – Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas“ vom 16. Januar 2013 hat der Präsident des Deutschen Bundestages unter Hinweis auf die förmliche Befassung des Ältestenrates am 17. Januar 2013 zum Ablauf der gemeinsamen Sitzung das Einvernehmen über die zwischen den Parlamenten und Fraktionen abgestimmte gemeinsame Erklärung von Assemblée nationale und Deutschem Bundestag festgestellt.

Diese gemeinsame Erklärung von Deutschem Bundestag und Assemblée nationale soll in der am 22. Januar 2013 stattfindenden gemeinsamen Sitzung beider Parlamente in Berlin aus Anlass des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages angenommen werden.

Berlin, den 17. Januar 2013

**Dr. Norbert Lammert**



**Gemeinsame Erklärung von Deutschem Bundestag und  
Assemblée nationale aus Anlass des 50. Jahrestags der  
Unterzeichnung des Élysée-Vertrages  
22. Januar 2013**

50 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages steht Europa vor großen ökonomischen und politischen Herausforderungen. Für deren Bewältigung sind eine handlungsfähige Europäische Union und die enge Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedstaaten, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, unverzichtbar.

Die Geschichte unserer Länder und des europäischen Kontinents ist über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg keine Geschichte des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit gewesen, sondern eine von Rivalitäten und Kriegen, die Millionen von Menschen Leben, Gesundheit, Heimat und Vermögen gekostet hat. Trotz des mit den Verbrechen der Nationalsozialisten von Deutschen über Europa gebrachten Leids war Frankreich in den 1950er und 1960er Jahren bereit zur Versöhnung und zur Integration Deutschlands in ein gemeinsames Europäisches Haus. Der dadurch gelungene Aufbruch in eine neue, gemeinsame Zukunft gilt heute weltweit als Beispiel für Versöhnung und Partnerschaft. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist heute zu einer selbstverständlichen und verlässlichen Grundlage des europäischen Integrationsprozesses geworden. Die Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ist damit zugleich ein Beispiel dafür, nationale Egoismen zu überwinden und sich auch und gerade in schwierigen Zeiten zu partnerschaftlichen, konstruktiven Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu bemühen. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale wenden sich mit einem Appell an die Jugend Europas, das Vermächtnis der deutsch-französischen Freundschaft zu bewahren, zu pflegen und fortzuentwickeln.

Mittlerweile haben wir zwischen den Parlamenten, den Regierungen, öffentlichen Einrichtungen, den Armeen, den Städten und der Jugend ein dichtes Netzwerk der Kooperation etabliert:

- halbjährige deutsch-französische Gipfeltreffen,
- regelmäßige Ministertreffen,
- gemeinsame Sitzungen der Präsidien und der Fachausschüsse beider Parlamente,
- Personalaustausch von Mitarbeitern aus Ministerien und Parlamenten,
- gemeinsame diplomatische Vertretungen und Kulturbüros im Ausland,
- mehrere hundert Partnerschaften zwischen unseren Städten und Regionen,
- über acht Millionen Jugendliche aus beiden Ländern in Austauschprogrammen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes,
- die deutsch-französische Hochschule mit 5000 Studierenden und 142 Studiengängen,
- die Deutsch-Französische Brigade als integrierte militärische Einheit.

Deutschland und Frankreich haben als starke Wirtschaftsnationen in Europa, die zusammen über mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union verfügen und im Binnenmarkt eng verflochten sind, ein besonderes Interesse, aber auch besondere Möglichkeiten, die weitere Gestaltung der EU voranzubringen und Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union zu erhalten. Der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion bilden damit die unverzichtbare wirtschaftliche Grundlage für ein starkes und politisch handlungsfähiges Europa. Wir müssen Lehren aus der schweren Finanzkrise ziehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen für den Erfolg des europäischen Modells im globalen Wettbewerb. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung brauchen eine gemeinsame Wirtschafts- sowie eine eng abgestimmte Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik. Die Europäische Union muss außerdem ihre Bemühungen im Kampf gegen den Klimawandel und im Hinblick auf die Gewährleistung hoher Umweltschutzstandards fortführen.

I. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale rufen dazu auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit auch und gerade in Zeiten politischer und ökonomischer Krisen für ein weiteres und tieferes Zusammenwachsen der Europäischen Union sowie ihre stärkere demokratische Verankerung zu nutzen. Dieses Zusammenwachsen darf nicht auf Wirtschafts- und Währungsfragen reduziert werden, sondern muss vor allem der Jugend in Europa eine neue Perspektive für Bildung, Beschäftigung und Wachstum geben.

II. Die Parlamente haben einen wesentlichen Anteil am Gelingen dieses Vorhabens und bekräftigen den Willen, in eine neue Etappe der Zusammenarbeit beider Parlamente einzutreten. Wir beabsichtigen, die Kooperation beider Parlamente weiter zu vertiefen:

1. Wir werden in regelmäßig stattfindenden Treffen der Präsidien, der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten, anderer Fachausschüsse und der Parlamentariergruppen der beiden Parlamente Fragen gemeinsamen Interesses, insbesondere die wichtigsten Themen der europäischen Agenda, behandeln.
2. Wir werden zu besonders wichtigen Themen, wie der Energiewende, Arbeitsgruppen mit Abgeordneten beider Parlamente bilden, wie in der Vergangenheit zu den Themen Jugend, kulturelle Vielfalt und Wirtschafts- und Finanzkrise.
3. Wir beauftragen die zuständigen Ausschüsse unserer Parlamente hinsichtlich des Beitritts von Kandidatenländern zur Europäischen Union insbesondere vor dem Beginn und zum Abschluss von Beitrittsverhandlungen gemeinsame Stellungnahmen zu erarbeiten.

4. Wir werden unseren Einsatz bei der Begleitung von im demokratischen Wandel befindlichen Ländern verstärken, gegebenenfalls auch durch gemeinsame Delegationsreisen unserer beiden Parlamente, und parlamentarische Zusammenarbeit mit den Ländern entwickeln, die dies wünschen.
5. Wir ermutigen zum Zwecke der Vertiefung der interparlamentarischen Arbeit und der Stärkung eines demokratischen Raumes auf der Ebene der Union die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der beiden Parlamente.
6. Wir werden die Zusammenarbeit auch auf der Ebene der Parlamentsverwaltungen stärken. Insbesondere werden wir den regelmäßigen, auch längerfristigen Austausch von Mitarbeitern beider Parlamente fortführen.
7. Wir ergänzen in enger Abstimmung mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk die in beiden Parlamenten bestehenden Jugendprogramme durch regelmäßige Treffen von jungen Menschen aus Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern. Diese Initiativen können auch in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament durchgeführt werden.
8. Wir setzen uns ein für die Weiterentwicklung von Schulaustauschprogrammen, die intensive Förderung des gegenseitigen Spracherwerbs ab dem Kindergarten/der école maternelle, sowie für die Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der integrierten Studiengänge und zwischen den Universitäten. Wir fördern den Einsatz ehrgeiziger europäischer Politiken zugunsten der Beschäftigung junger Menschen und für den Studierendenaustausch im Hochschulbereich, insbesondere durch Stärkung der Erasmus- und Sokrates-Programme.
9. Wir setzen uns für die Verabschiedung von Maßnahmen ein, die den Austausch zwischen unseren beiden Völkern sowie das Leben unserer im jeweiligen Nachbarland ansässigen Mitbürger erleichtern, insbesondere im Bereich des Familienrechts, der Anerkennung der Abschlüsse und der beruflichen Qualifikationen sowie der schulischen und universitären Mobilität.
10. Wir fördern den Ausbau gemeinsamer Kulturinstitute sowie europäischer diplomatischer und konsularischer Vertretungen außerhalb der Europäischen Union.



**Déclaration commune du Bundestag allemand et de  
l'Assemblée nationale à l'occasion du 50<sup>e</sup> anniversaire  
de la signature du Traité de l'Élysée**  
22 janvier 2013

Cinquante ans après la signature du Traité de l'Élysée, l'Europe se trouve devant de grands défis économiques et politiques. Pour y faire face, une Union européenne capable d'agir et la coopération étroite entre ses États membres, et singulièrement entre l'Allemagne et la France, sont indispensables.

L'histoire de nos pays et du continent européen, pendant des décennies et des siècles, n'a pas été une histoire de paix, d'amitié et de coopération, mais celle de rivalités et de guerres, qui a coûté à des millions d'hommes et de femmes leur vie, leur santé, leur terre natale et leurs biens. Malgré les souffrances infligées dans toute l'Europe par des Allemands, à travers les crimes nazis, la France a, dans les années 1950 et 1960, été prête à la réconciliation et à l'intégration de l'Allemagne dans une construction européenne commune. Cet élan réussi vers un nouvel avenir commun est considéré aujourd'hui dans le monde entier comme un exemple de réconciliation et de partenariat. La coopération franco-allemande est devenue aujourd'hui un socle naturel et fiable du processus d'intégration européen. Le rapprochement, l'amitié et la coopération entre nos deux pays sont également un exemple qui doit inciter à dépasser les égoïsmes nationaux et à œuvrer, même en des temps difficiles, pour des relations constructives et de partenariat avec leurs voisins. Le Bundestag allemand et l'Assemblée nationale en appellent à la jeunesse européenne pour qu'elle conserve, entretienne et développe toujours plus l'héritage de l'amitié franco-allemande.

Entre les parlements, les gouvernements, les institutions publiques, les forces armées, les villes et parmi la jeunesse, nous avons créé un réseau dense de coopération, avec :

- les sommets franco-allemands semestriels,
- les rencontres régulières des ministres,
- les réunions conjointes des bureaux et des commissions des deux assemblées,
- les échanges de personnels des ministères et parlements,
- les représentations diplomatiques et bureaux culturels communs à l'étranger,
- les centaines de jumelages entre nos villes et nos régions,
- les programmes d'échange de l'Office franco-allemand pour la jeunesse, auxquels ont participé plus de huit millions de jeunes des deux pays,
- l'Université franco-allemande, qui compte 5000 étudiants et 142 cursus,
- la Brigade franco-allemande, qui constitue une unité militaire intégrée.

L'Allemagne et la France sont des nations économiques fortes en Europe, qui détiennent ensemble plus du tiers du produit intérieur brut de l'Union européenne et sont étroitement liées au sein du marché unique ; comme telles, elles ont un intérêt spécial, mais aussi des capacités particulières à porter de l'avant la construction de l'Union européenne et à y préserver la prospérité,

la sécurité et la compétitivité. Le marché unique et l'Union économique et monétaire constituent le fondement économique indispensable d'une Europe forte et dotée d'une capacité d'action politique. Nous devons tirer les enseignements de la crise financière sévère et assumer ensemble nos responsabilités pour le succès du modèle européen dans la compétition mondiale. Un marché intérieur commun et une monnaie commune requièrent une politique économique commune ainsi qu'une politique financière, sociale et environnementale étroitement coordonnée. L'Union européenne doit également poursuivre ses efforts en matière de lutte contre le changement climatique et en vue d'assurer un haut degré de protection de l'environnement.

I. Le Bundestag allemand et l'Assemblée nationale appellent à mettre la coopération franco-allemande au service de la poursuite et de l'approfondissement de l'intégration et de l'ancrage démocratique de l'Union européenne, même – et surtout – en des temps de crise politique et économique. Cette intégration ne saurait être réduite à des questions économiques et monétaires : elle doit avant tout offrir à la jeunesse une nouvelle perspective en Europe pour la formation, l'emploi et la croissance.

II. Les parlements ont un rôle essentiel à jouer dans la réussite de ce projet et affirment leur volonté d'engager une nouvelle étape de leur coopération. Nous entendons renforcer la coopération de nos deux assemblées :

1. Nous débattons lors de réunions régulières des bureaux, des commissions des affaires étrangères, des commissions des affaires européennes, des autres commissions sectorielles et des groupes d'amitié des deux assemblées, des questions d'intérêt commun, notamment des principaux sujets de l'agenda européen.
2. Sur les thèmes particulièrement importants, tel celui de la transition énergétique, nous constituerons des groupes de travail composés de députés des deux assemblées à l'image de ceux qui ont été créés sur la jeunesse, sur la diversité culturelle et sur la crise économique et financière.
3. Nous demandons aux commissions compétentes de nos assemblées d'élaborer des positions communes à l'égard des États candidats à l'entrée dans l'Union européenne, particulièrement avant le début de négociations d'adhésion et au terme de celles-ci.
4. Nous affirmons notre engagement d'accompagner les transitions démocratiques, le cas échéant en organisant des déplacements de délégations communes des deux assemblées dans les pays concernés, et en développant des coopérations parlementaires avec les pays qui le souhaitent.



5. Nous encourageons, comme moyen d’approfondissement du travail interparlementaire et de renforcement d’un espace démocratique à l’échelle de l’Union, la coopération entre les groupes politiques des deux assemblées.
6. Nous renforcerons la coopération également au niveau des administrations parlementaires. Nous poursuivrons notamment l’échange régulier, y compris de plus longue durée, entre collaborateurs des deux assemblées.
7. Nous compléterons, en concertation étroite avec l’OFAJ, les programmes destinés à la jeunesse mis en œuvre dans les deux assemblées par des rencontres régulières entre jeunes d’Allemagne, et de France et d’autres pays européens. Ces initiatives pourront être menées en y associant le Parlement européen.
8. Nous nous attacherons à poursuivre le développement des échanges scolaires, à renforcer vigoureusement, en commençant dès l’école maternelle/Kindergarten, l’apprentissage de la langue du partenaire et à intensifier la coopération dans le domaine des cursus intégrés et entre les universités. Nous encouragerons le déploiement de politiques européennes ambitieuses en faveur de l’emploi des jeunes et des échanges d’étudiants de l’enseignement supérieur, en particulier en renforçant les programmes Erasmus et Socrates.
9. Nous préconisons l’adoption de mesures facilitant les échanges entre nos deux peuples et la vie de nos concitoyens résidant dans l’autre pays, en particulier dans les domaines du droit de la famille, de la reconnaissance des diplômes et des qualifications professionnelles ainsi que de la mobilité scolaire et universitaire.
10. Nous encourageons le développement d’instituts culturels communs ainsi que de représentations diplomatiques et consulaires européennes en dehors de l’Union européenne.





